



Im Bundestag wurde Thorsten Frei von Journalisten des ZDF-Heute-Journals zum Geordnete-Rückkehr-Gesetz interviewt. „Wir wollen mehr Abschiebungen durchsetzen als bisher und erhöhen damit den Druck auf Asylbewerber ohne Bleibeperspektive. Dafür schaffen wir jetzt die gesetzlichen Grundlagen“, so der Abgeordnete des Schwarzwald-Baar-Kreises. *Foto: Privat*

Mehr Druck beim Abschieben

Politik Thorsten Frei fungiert in der Debatte um das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ als Stimme der Unionsfraktion im Bundestag. Als zuständiger Fraktionsvize erklärt er den Seehofer-Entwurf.

Villingen-Schwenningen/Berlin.

Damit künftig nicht mehr so viele Abschiebungen scheitern, hat das Bundeskabinett diese Woche einen Entwurf für ein „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ beschlossen.

Das Vorhaben aus dem Haus von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) soll es Ausländern, die Deutschland verlassen müssen, in Zukunft schwerer machen, ihre eigene Abschiebung zu verhindern.

„Wir wollen mehr Abschiebungen durchsetzen als bisher und erhöhen damit den Druck auf Asylbewerber ohne Bleibeperspektive. Dafür schaffen wir jetzt die gesetzlichen Grundlagen“, erklärte in diesem Zusammenhang Thorsten Frei, der Abgeordnete des Schwarzwald-Baar-Kreises. Als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Kreisvorsitzende der CDU im Schwarzwald-Baar-Kreis unter anderem zuständig für Recht und Innenpolitik – und damit eine wichtige Stimme der GroKo, wenn es um Asylpolitik geht.

Schon vor seinem Amtsantritt hatte Seehofer angekündigt, dafür sorgen zu wollen, dass mehr

Ausländer Deutschland auch tatsächlich verlassen, wenn die Behörden ihre Abschiebung angeordnet haben. Mit dem Gesetz will der Innenminister sein Versprechen einhalten und die Durchsetzung von Ausweisungen erleichtern.

Laut Bundesregierung waren Ende Februar etwa 240 000 Menschen ausreisepflichtig. Etwa 184 000 dieser abgelehnten Asylbewerber verfügen den Angaben zufolge aber über eine Duldung.

„Wer kein Asyl erhält oder beim Verfahren täuscht, hat unser Land zu verlassen.“

Thorsten Frei
CDU-Unionsfraktionsvize

Das heißt, die Behörden sehen bei ihnen Gründe, die einer kurzfristigen Abschiebung entgegenstehen. Im vergangenen Jahr wurden rund 23 000 Menschen abgeschoben – Seehofer zufolge sind das deutlich zu wenig. Die Zahl der gescheiterten Abschie-

bungen war mit fast 31 000 deutlich höher. Dazu kommt es häufig, wenn Reisedokumente fehlen. Hier setzt die Bundesregierung an und will künftig Druck auf die Abzuschiebenden mehr ausüben. „Wer kein Asyl erhält oder beim Verfahren täuscht, hat unser Land zu verlassen“ – das steht für CDU-Mann Frei außer Frage.

Außerdem soll deutlich weniger Geld als bisher für Ausländer ausgegeben werden, die schon in einem anderen EU-Land als Flüchtling anerkannt sind. „Deren Leistungen werden sozusagen auf die Rückfahrkarte begrenzt“, sagte Unionsfraktionsvize Thorsten Frei, unter anderem einem Kamerateam des ZDF-Heute-Journals. Frei: „Wir folgen konsequent dem Grundsatz von Ordnen, Steuern und Begrenzen.“

Arbeitswilligen Asylbewerbern will die Bundesregierung zudem früher Zugang zu Sprachkursen verschaffen – und zwar auch dann, wenn ihre Chancen, als Flüchtling anerkannt zu werden, gering sind. Davon ausgenommen sind nur „Geduldeten mit ungeklärter Identität“ – die haben ein Arbeitsverbot. *rat*